

Kleingärten und Nationalsozialismus in Frankfurt am Main

Von Prof. Dr. rer. hort. habil. Gert Gröning, Berlin

Die ‚Machtergreifung‘ der Nationalsozialisten bedeutete auch für das Frankfurter Kleingartenwesen einen tiefen Einschnitt.



Propagandistisches Idyll: Postkarte zum Kleingärtnerfest (Bild: KGV Bergmannsheil Bochum)

Seit mehr als einhundert Jahren gehören Kleingärten in Frankfurt am Main zum Stadtbild. Darin spiegeln sich in vielfältiger Weise Frankfurter Stadtgeschichte und Stadtkultur. Städtisches Wohlbefinden drückt sich im Gebrauch und im persönlichen wie auch gesellschaftlichen Einsatz für diese urbane Gartenform aus. Daran partizipieren nicht nur die Pächterfamilien, sondern auch viele Freunde und Bekannte, die besonders im Frühling, Sommer und Herbst gerne Gäste in Kleingärten sind. In der umfassenden städtischen Gesamtplanung, die in Frankfurt, national und auch international bekannt, mit dem Oberbürgermeister Franz Adickes (1846 – 1915) begann und von seinem Nachfolger im frühen 21. Jahrhundert, Peter Feldmann, weiter betrieben wird, spielen Kleingärten eine wesentliche Rolle. Sie stellen deutlich sichtbar einen integralen Bestandteil des Frankfurter Freiflächensystems dar.

1995 hatten Joachim Wolschke-Bulmahn und ich eine ausführliche Untersuchung zur Geschichte des Kleingartenwesens in Frankfurt am Main vorgelegt.¹ Dazu gehörte ein längeres Kapitel über Kleingärten in der Zeit des Nationalsozialismus und ein Lehrstück damaliger politischer Kleingartenpropaganda, den Goldenen Spaten. Die folgenden Ausführungen über Kleingärten und den Nationalsozialismus in Frankfurt am Main basieren darauf.

Im Nationalsozialismus wurde Kleingärten eine hohe ideologische Bedeutung zugemessen. Am 13. September 1933 war das nationalsozialistische Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes erlassen worden. Es ermächtigte den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, "die bisherigen landwirtschaftlichen Organisationen aufzulösen und sie in den Reichsnährstand zu überführen".² Drei Tage später, am 16. September 1933, teilte Wagner, der ehrenamtliche Landesbauernführer von Hessen-Nassau, der Stadtverwaltung Frankfurt den Namen des ersten nationalsozialistischen Führers der Kleingärtner in Frankfurt, Otto Krug, mit.³ Unter Krug schlossen sich die Kleingärtnervereine zur "Stadtgruppe Frankfurt (Main) der Kleingärtner im 'Reichsbund der Kleingärtner und Kleinsiedler Deutschlands e.V.'" zusammen. Im Nationalsozialismus sollte der Kleingarten dazu beitragen, so schrieb Hans Kaiser, der Führer des Reichsbundes der Kleingärtner und Kleinsiedler Deutschlands, dem "kostbaren bäuerlichen Blut", das in der Großstadt "die Verbin-

¹ Siehe dazu Gröning, Gert und Wolschke-Bulmahn, Joachim 1995: Von Ackermann bis Ziegelhütte. Ein Jahrhundert Kleingartenkultur in Frankfurt am Main. (=Studien zur Frankfurter Geschichte, Band 36), Frankfurt am Main.

² Rinner, Erich, im Auftrag des Exilvorstandes der Sozialdemokratischen Partei (Hg.) 1936, neu herausgegeben von Klaus Behnken 1980: Deutschland-Bericht der Sopade, Sonderbericht über den Reichsnährstand, Prag, Frankfurt/M., pp.907 – 913, hier p.907.

³ Siehe Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Gauleitung Hessen-Nassau 1933, Schreiben an die Stadtverwaltung Ffm. vom 16.9.33 (Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Mag. Akten, 3741/1).

dung mit dem Boden verliert und somit das bäuerliche Denken preisgibt", das "erbgesunde deutsche Blut der bäuerlich denkenden Menschen (zu) erhalten".⁴ Darüber hinaus spiele "die kleingärtnerische Betätigung der Hunderttausende deutscher Kleingärtner im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle", weil "die deutsche Ernährungswirtschaft durch die Eigenversorgung der Kleingärtnerfamilien [...] erheblich entlastet"⁵ werde. Im "Kampf um die Deutsche Nahrungsfreiheit" sollten die Kleingärtner für die im Herbst 1934 auf dem zweiten Reichsbauerntag in Goslar proklamierte "Erzeugungsschlacht" funktionalisiert werden. 1935 zeigten sich als Folge der nationalsozialistischen Agrarpolitik erste Schwierigkeiten, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Auf dem vierten Reichsbauerntag 1936 wurde die "zweite Erzeugungsschlacht im Rahmen des Göring-schen Vierjahresplanes"⁶ verkündet, die siegreich entschieden werden sollte.

Jahresversammlungen der Kleingartenvereine, wie die des "Kleingartenbauvereins der Kriegsbeschädigten 'Nordend'", mussten von der Kreispropagandaabteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) genehmigt werden. Mit solchen übergreifigen Maßnahmen glaubte der von der NSDAP eingesetzte Reichsbundführer der Kleingärtner und Kleinsiedler gewährleisten zu können, dass es "im Deutschen Reich fast keinen organisierten Kleingärtner, Kleinsiedler und Eigenheimer" mehr gibt, "der nicht durch den Reichsbund über die Bedeutung des Blut- und Bodengedankens für Volk und Staat unterrichtet ist und der nicht weiß, welche Pflichten er als erbgesunder deutschblütiger Volksgenosse im Rahmen der gesamten deutschen Bevölkerungs- und Rassepolitik zu erfüllen hat".⁷

Außerordentliche Versammlungen dienten dazu, neue, dem Nationalsozialismus genehme Satzungen zur Grundlage der Vereinsarbeit zu machen. In der Zeit der demokratisch verfassten Weimarer Republik (1919 – 1933) ging es darum, "auf gemeinnütziger Grundlage" "den Kleingartenbau praktisch und wissenschaftlich zu fördern" und sich zur Aufgabe zu machen, "im Sinne des Gesetzes vom 30. Juli 1919 über Kleingartenbau, den Kleingartenbau durch die Kultur von Gemüse, Kartoffeln, Beeren- und Zwergobst bei seinen Mitgliedern zu fördern"⁸, wie es 1920 die Satzung des Kleingärtnervereins Eckenheim regelte. Die neue nationalsozialistische Satzung des Vereins aus dem Jahr 1934 legte dagegen fest: "Der Verein arbeitet im Dienste des nationalsozialistischen Staates. Er hat die Aufgabe: 1. Die Nutzung des Kleingartenlandes im Sinne der Verbundenheit von Blut und Boden als Grundlage für Staat und Volk zu gewährleisten. 2. Das Kleingartenwesen im Verein nach dem Grundsatz 'Gemeinnutz geht vor Eigen-

nutz' zu fördern und die Selbstverwaltung seines Garten-geländes sowie den ideellen und materiellen Schutz seiner Mitglieder zu besorgen".⁹

Ganz im Sinne nationalsozialistischer Ideologie dienten die neuen Satzungen auch der Arisierung der Kleingärtnervereine. Konnte unter den demokratischen Bedingungen der Weimarer Republik "jede volljährige Person ..., die im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist", Mitglied des Vereins werden, wenn nicht "innerhalb 4 Wochen" eine "begründete Beanstandung"¹⁰ erfolgte, so entfiel diese Möglichkeit im Nationalsozialismus. Nunmehr konnte Mitglied nur noch "jeder Deutsche arischer Abstammung werden, der Kleingärtner werden will" und "die Bewerbung um einen Garten muß schriftl. beim Vereinsführer erfolgen".

⁴ Kaiser, Hans 1936: Aufgaben und Arbeiten des Reichsbundes der Kleingärtner und Kleinsiedler Deutschlands. Sondernachrichten des Reichsbundes der Kleingärtner und Kleinsiedler Deutschlands, 1, pp.4 – 9, hier p.5.

⁵ Kaiser 1936, p.4

⁶ Rinner, Erich im Auftrag des Exilvorstandes der Sozialdemokratischen Partei (Hg.) 1937, neu herausgegeben von Klaus Behnken 1980: Deutschland-Bericht der Sopade, II. Die Erzeugungsschlacht, Prag, Frankfurt/M., pp.279 – 290, hier p.279.

⁷ Kaiser 1936, p.6.

⁸ Satzungen des Eckenheimer Kleingartenbau-Vereins e.V. 1920, § 2 (Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, KS 3048).

⁹ Satzungen und Pachtvertrag des Kleingärtnervereins Eckenheim e.V. im Reichsbund der Kleingärtner und Kleinsiedler Deutschlands e.V., Frankfurt/Main 1934 (Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, KS 3047).

¹⁰ Satzungen 1920, §§ 5 und 6.



Frankfurter Gartenlaube unterm Hakenkreuz
(Bild: Sondernachrichten Reichsbund der Kleingärtner und Kleinsiedler Deutschlands)

"Die Übertragung" eines Gartens "wird nur durch den Vereinsführer oder seinen Beauftragten geregelt".¹¹ Damit machte es der Nationalsozialismus z.B. jüdischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen sowie Angehörigen anderer ethnischer Gruppen nicht mehr möglich, einen Kleingarten zu pachten.

Der Abgrund, der sich damit auftat, spiegelt sich in der Begrüßungs- und Festansprache des stellvertretenden Vorsitzenden des "Vereins zur Beförderung des Kleingartenbaues" anlässlich des 40-jährigen Vereinsjubiläums im Jahr 1939. Im Zusammenhang mit Geländeverlusten, die der Verein nicht zuletzt wegen des Baus von Kasernen hatte hinnehmen müssen, führte Graumann aus: "Dankbar aber erwähnen möchte ich dafür auch noch, daß der Anschlag der Juden auf unsere so wertvolle Anlage II, die sie für die Erweiterung ihres neuen Friedhofs haben wollten, mißglückt ist. Die Juden mögen sich auf ihrem jetzigen Friedhof, auf dem noch genug Platz für den verbliebenen Restbestand ist, begraben und uns in Zukunft in Ruhe lassen".¹²

Nicht genug damit. Ein von nationalsozialistischer Ideologie durchdrungener "Schulungs- und Arbeitsapparat" sollte die Kleingärtner "dauernd über die wichtigsten Fragen des Gartenbaues und der Kleintierzucht"¹³ aufklären und ihnen wirtschaftliche und ethische Werte vermitteln.

Schon seit dem frühen 20. Jahrhundert hatten die Kleingärtner die Berücksichtigung ihrer Belange in Bebauungsplänen gefordert,¹⁴ hatten sich damit allerdings nicht durchsetzen können. Nun wollte der nationalsozialistische Reichsbund "sein Hauptaugenmerk ... darauf legen [...] die deutschen Kleingärten systematisch in den deutschen Raum einzugliedern und sie als Teile des öffentlichen Grüns im Rahmen der Wirtschaftspläne der einzelnen Städte ausweisen zu lassen", für "eine berechnete Anerkennung der Kleingärten in Form von Dauerkleingartenanlagen" sorgen und wollte "mit den zuständigen Landesplanungsstellen zusammen"¹⁵ arbeiten. Dabei sollte die "Eingliederung der Kleingärten in die gegebene Landschaft [...] im Vordergrund stehen".¹⁶ Das hätte dazu beitragen können, die Ausweisung von Kleingartenflächen nicht nur kommunal, sondern auch regional abzustimmen und abzusichern. Verbunden damit wollte der Reichsbund "bei der Schulung der deutschen Kleingärtner auf dem Gebiete der schönheitlichen Ausgestaltung ... größten Wert auf die Zusammenarbeit mit dem Reichsnährstand" legen "und zwar mit den Gartengestaltern, soweit sie im Behördengartenbau als Beamte tätig sind".¹⁷ Die Gartenarchitekten mussten sich im Nationalsozialismus Gartengestalter nennen. Ein neu gegründeter "Bund deutscher Gartengestalter"



Frankfurts nationalsozialistischer Oberbürgermeister Krebs
(Bild: Sondernachrichten Reichsbund der Kleingärtner und Kleinsiedler Deutschlands)

wurde 1934 als Fachverband in die nationalsozialistische Reichskammer der bildenden Künste aufgenommen.¹⁸ Mit Hilfe dieser Gartengestalter sollten die nach Kaiser "stellenweise zu Recht bestehenden Vorurteile der Städtebauer gegen die Kleingärten an sich beseitigt"¹⁹ werden. Städtebauer sahen Kleingärten vielfach als Bauerwartungsland, als Land an, das zukünftig bebaut werden würde, kaum jedoch als eine der vielen Ausdrucksformen urbaner Gartenkultur, die städtische Wohnqualität ausmachen.²⁰ Die ästhetischen Überlegungen spielten nur eine untergeordnete Rolle.²¹ Es überrascht daher nicht, wenn Otto Krug, der Führer der nationalsozialistischen Frankfurter Stadt-

¹¹ Satzungen 1934, § 3.

¹² Graumann, Otto 1939: Begrüßungs- und Festansprache, Jubiläumsfeier des Kleingärtnervereins Cronberger e.V. Frankfurt am Main-Bornheim aus Anlaß seines 40jährigen Bestehens, Frankfurt am Main (Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, S 1/196), hier p.16.

¹³ Kaiser 1936, p.6.

¹⁴ Siehe dazu Hegemann, Werner 1913: Familiengärten im Rahmen des Bebauungsplans, in: Kaup, I[gnaz] (Hg.) Familiengärten und andere Kleingartenbestrebungen in ihrer Bedeutung für Stadt und Land. Vorbericht und Verhandlungen der 6. Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Danzig am 18. Juni 1912, Berlin, pp.305 – 317.

¹⁵ Kaiser 1936, p.7.

¹⁶ Kaiser 1936, p.7.

¹⁷ Kaiser 1936, p.7.

¹⁸ Siehe dazu Gröning, Gert und Wolschke-Bulmahn. Joachim 1988: 1913 – 1988, 75 Jahre Bund Deutscher Landschafts-Architekten BDLA, Teil 1, Zur Entwicklung der Interessenverbände der Gartenarchitekten in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, BDLA (Hg.), Bonn; siehe auch Schneider, Uwe und Gröning, Gert 1998: Späte Ehren für Eugen Hönig? Eugen Hönig: ehemaliger Präsident des BDA und nationalsozialistischer Funktionär in der Reichskammer der bildenden Künste. In: Die Alte Stadt, 25, 2, pp.174 – 181.

¹⁹ Kaiser 1936, p.7.

²⁰ Siehe dazu Gröning, Gert 2016: Urban horticulture – gardens as elements of an urbanizing world. In: European Journal of Horticultural Science, 81, 6, pp.285 – 296.

²¹ Siehe dazu Gröning, Gert 1997: Der Kleingarten: Versuche ästhetischer Normierung. In: Zeitschrift für Semiotik, 19, 1 – 2, pp.49 – 63



Titelblatt der Sondernachrichten Reichsbund der Kleingärtner und Kleinsiedler Deutschlands von 1936

gruppe der Kleingärtner, 1936 feststellte, dass zwei Drittel der kleingärtnerisch genutzten Flächen in Frankfurt als Baugelände ausgewiesen seien.²²

Mag die Nutzung eines Kleingartens bei manchen Familien im Nationalsozialismus die Versorgung mit Obst und Gemüse erleichtert haben, so mussten sie sich aufgrund der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft auch mit tariflichen Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen abfinden.²³ Mehr noch, "manchen Feinarbeiterberufen" sollte nach Auffassung von Robert Ley (1890 – 1945), dem Führer der Deutschen Arbeitsfront, "das Siedeln" und die damit offensichtlich verbundene Gartenarbeit verboten werden, "denn wer am Abend mit einer Hacke arbeite, könne nicht am nächsten Morgen feinste Präzisionsarbeit leisten".²⁴ Demnach hätten sich in Frankfurt die größtenteils erwerbslosen Bewohner der von Ernst May (1886 – 1970) im Rahmen des Wohnungsbauprogramms "Neues Frankfurt" geplanten, zwischen 1932 und 1936 erbauten, Siedlung Goldstein entgegen der nationalsozialistischen Ideologie verhalten. Leys Behauptung zeigt, wie willkürlich führende Nationalsozialisten der Bevölkerung eine bestimmte Arbeitsfähigkeit unterstellten.

1939 wollte der nationalsozialistische Reichsarbeitsminister Franz Seldte (1882-1947) mit einem Sofortprogramm "bis zum 1. März 1940 in Großdeutschland möglichst 50.000 neue Dauerkleingärten"²⁵ errichten. In Frankfurt sollten danach 1000 neue Dauerkleingärten entstehen.²⁶ Die Unhaltbarkeit dieser Vorstellungen war schnell erwiesen. Auch die vom Reichsarbeitsminister vorgesehene Werbung von Kleingärtnern zeigte nicht den von der NSDAP

gewünschten Erfolg. In ihrem Bericht stellte die Stadtgruppe Frankfurt dazu fest: "Die Werbeaktion zeigte in den Kreisen früherer Kleingärtner eine bedauerliche Zurückhaltung, wenn nicht Ablehnung. Sie hatte ihren Grund in der Tatsache, daß sie bereits mehrmals ihre Kleingärten aufgeben mussten und sich weitere Enttäuschungen ersparen wollten".²⁷

Wie Hohn müssen allen, die jahrelang auf einen Kleingarten gewartet oder sich auf der Verbandsebene für die Errichtung von Kleingärten eingesetzt hatten, die "10 Gärten" vorgekommen sein, mit denen sich die Stadtgruppe Frankfurt am Geschenk der "200 Kleingärten" beteiligte, die "der Reichsbund Deutscher Kleingärtner dem Führer anlässlich seines 50. Geburtstages" im Jahr 1939 übergab. Diese unter dem Namen "Zum Goldenen Spaten" zur Anlage erklärten 10 Gärten wurden "durch die NSDAP an verdiente Parteigenossen vergeben".²⁸ Die Funktionalisierung der Presse und die systematische Täuschung der Öffentlichkeit lässt sich wie an vielen anderen Beispielen, so auch hier auf dem Gebiet des Kleingartenwesens sichtbar machen.²⁹

Nachdem der nationalsozialistische "Reichsbund deutscher Kleingärtner e.V." 1937 erstmals einen Wettbewerb um den "Goldenen Spaten" ausgeschrieben hatte, bewarb sich

²² Schreiben Otto Krug an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Main) vom 7. Januar 1936 (Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Mag. Akten 3740/I).

²³ Rinner, Erich, im Auftrag des Exilvorstandes der Sozialdemokratischen Partei (Hg.) 1937, neu herausgegeben von Klaus Behnken 1980: Deutschland-Bericht der Sopade, 3. Tarifliche Lohnsenkung und Lohndifferenzierung, Prag, Frankfurt/M., pp.1010-1021 und 7. Die Arbeitszeit, pp.1029-1038.

²⁴ Rinner, Erich, im Auftrag des Exilvorstandes der Sozialdemokratischen Partei (Hg.) 1938, neu herausgegeben von Klaus Behnken 1980: Deutschland-Bericht der Sopade, 3. Der Wohnungsbau seit 1933, pp.1107-1128, hier p.1113.

²⁵ Seldte, Franz 1939: Der Kleingarten im Kriege. Rundfunkansprache am 16.12.1939. In: Steinhaus, Hermann 1940, Die Arbeiten der Kleingärtner-Organisation im Kriege, Berlin, pp.36-41, hier p.38.

²⁶ Geschäftsbericht der Stadtgruppe Frankfurt a. M. der Kleingärtner für das Jahr 1939, p.3 (Archiv der Stadtgruppe Frankfurt a. M. der Kleingärtner).

²⁷ Geschäftsbericht der Stadtgruppe Frankfurt a. M. der Kleingärtner für das Jahr 1939, p.4 (Archiv der Stadtgruppe Frankfurt a. M. der Kleingärtner).

²⁸ Geschäftsbericht der Stadtgruppe Frankfurt a. M. der Kleingärtner für das Jahr 1939, p.7 (Archiv der Stadtgruppe Frankfurt a. M. der Kleingärtner).

²⁹ Geschäftsbericht der Stadtgruppe Frankfurt a. M. der Kleingärtner für das Jahr 1939, p.8 (Archiv der Stadtgruppe Frankfurt a. M. der Kleingärtner).

die Stadt Frankfurt 1938 erfolgreich darum. Am 8. August 1938 wurde dem Oberbürgermeister per Reichspost-Telegramm die folgende Nachricht zugestellt: "Die Reichsprüfungskommission fuer den goldenen Spaten der im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsarbeitsminister alljaehrlich fuer die beste Deutsche Kleingartenstadt von dem Reichsbund Deutscher Kleingärtner und der Gruenen Post verliehen wird erlaubt sich Mitteilung zu machen dass der Wanderpreis goldener Spaten 1938 nebst Geldpreis von RM 3.000 im Wettbewerb unter 20 Staedten der Stadt Frankfurt verliehen worden ist. Ueberreichung ist beabsichtigt 19. August in Frankfurt (Main) bei Besichtigung der Kleingaerten und Kleinsiedlungen durch Sektion 13 Internationaler Gartenbau Kongress! Herzlichen Glueckwunsch Deutscher Verlag die Gruene Post".³⁰ Die Zeitschrift "Grüne Post" hatte den Wanderpreis gestiftet und schlachtete die Preisübergabe mit großen Worten aus. Aus der Prämierung einer lokalen Leistung von Frankfurter Kleingärtnern wurde eine nationale Angelegenheit. Mehr noch, als ob zu dieser Preisübergabe internationale Kleingartenvertreter nach Frankfurt gekommen seien, wurde von einer herzlichen "Begrüßung von hochinteressierten und hochverdienten Kleingärtnern aus acht Nationen" geschrieben. Tatsächlich waren das, wie sich der Rede des Oberbürgermeisters Friedrich Krebs (1894 – 1961) entnehmen lässt, Mitglieder der "Sektion Kleingarten und Kleinsiedlungswesen des Internationalen Gartenbaukongresses",³¹ der 1938 in Essen stattfand,³² die auf einer Studienreise auch Frankfurt besuchten. Ob darunter Kleingärtner waren, ist in keiner Weise belegt.

Die Leistungen, die Frankfurt 1938 zur besten deutschen Kleingartenstadt machen sollten, hielten genauerer Überprüfung nicht stand. Von 1.530 Dauerkleingärten, die Frankfurt im Nationalsozialismus aus der Zeit der Weimarer Republik übernommen hatte, gab es 1937 noch 1.450. Die Zahl war demnach um gut fünf Prozent gesunken. Mit der Behauptung, bei den Dauerkleingärten und den "außerhalb der Baugebiete" angelegten Kleingärten könne "von vornherein mit einer langfristigen Pachtdauer gerechnet werden", widersprach Oberbürgermeister Krebs seiner Einschätzung gegenüber dem Regierungspräsidenten in Wiesbaden aus dem Jahr 1937: Da hatte er festgestellt, dass "eine grössere Anzahl Kleingärten [...] von denen mehr als 200 Gärten als Dauergärten ausgewiesen waren, oder so langfristige Verträge hatten, daß sie die Eigenschaft von Daueranlagen hatten", dem "Bau von Reichskraftfahrbahnen und Wehrmachtanlagen" sowie der "Entwicklung der Stadt in Bezug auf Wohnbauten und Industrieanlagen" als auch den "Erfordernissen des modernen Verkehrs [...] zum Opfer gefallen waren". Die mit der Preisvergabe verbundene Summe von 3.000 Reichsmark

wurde 1939 "für die Einrichtung von zehn 'Beispielgärten' am Stadtpark Ffm-Höchst als Kleingartenanlage 'Zum goldenen Spaten'³⁴ verwendet. Von der Einrichtung einer großen Zahl von Dauerkleingartenanlagen, die Reichsarbeitsminister Seldte in einer Rede am 16. Dezember 1939 noch forderte,³⁵ konnte jedoch keine Rede mehr sein. Die allgemeine Militarisierung des Lebens im Nationalsozialismus hatte spätestens mit dieser Rede auch die Kleingärten erfasst.

³⁰ Telegramm des Deutschen Verlages, Grüne Post an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Krebs, vom 11.8.1938 (Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Mag. Akten, 3741/II).

³¹ Krebs, [Friedrich] 1938: Begrüßungsansprache anlässlich der Übergabe des Goldenen Spatens, 19. August 1938, Sondernachrichten des Reichsbundes deutscher Kleingärtner e.V., Berlin, pp.176 – 179, hier p.176.

³² Siehe dazu Guenther, F. (Hg.) 1939: 12. Internationaler Gartenbau Kongress Berlin 1938, Band II, Sektionen 13 A und B: Kleingarten- und Kleinsiedlungswesen, Berlin, pp.931 – 1002.

³³ Krebs 1938, p.448.

³⁴ Hauptverwaltungsamt, Bewilligung einer ausserplanmäßigen Ausgabe im Haushalt des Bauamts, Abteilung Kleingärten, 31. März 1939 (Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Mag. Akten R 3741/II).

³⁵ Seldte 1939.

Zum Weiterlesen

Der Beitrag basiert auf der Monographie Gröning, Gert/Wolschke-Bulmann, Joachim: Von Ackermann bis Ziegelhütte. Ein Jahrhundert Kleingartenkultur in Frankfurt am Main. (= Studien zur Frankfurter Geschichte, Band 36). Frankfurt am Main 1995.

Der Autor

Univ. Prof. Dr. rer. hort. habil. Gert Gröning leitet die Forschungsstelle Gartenkultur und Freiraumentwicklung des Instituts für Geschichte und Theorie der Gestaltung an der Universität der Künste Berlin. Er ist Mitglied des International Editorial Advisory Board der Fachzeitschrift *Landscape Research* sowie des wissenschaftlichen Herausbergremiums der Fachzeitschrift *RI-VISTA. research for landscape design journal*.

